

DER SPIEGEL

13. JUNI 1966 · NR. 25
20. JAHRGANG · 1,20 DM
ERSCHEINT WÖCHENTLICH
IN HAMBURG · C 6380 C

SPIEGEL-GESPRÄCH
mit Verfassungsschutz-Präsident Schrübbers

DECLASSIFIED AND RELEASED BY
CENTRAL INTELLIGENCE AGENCY
SOURCE/METHOD EXEMPTION 302B
NAZI WAR CRIMES DISCLOSURE ACT
DATE 2006

Agenten Saboteure Spione

Geheimdienst in der Bundesrepublik

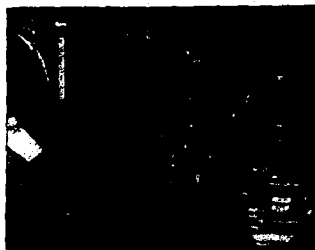
201-82501

SPIEGEL-VERLAG / HAUSMITTEILUNG

Datum: 13. Juni 1966

Betr.: PdZ

Drei „relative Personen der Zeitgeschichte“, allesamt Kriminalbeamte der Sicherungsgruppe Bonn, witterten grosse Kasse und gedachten „Schmerzensgeld“ zum Ausgleich für erlittene seelische Unbill einzuklagen. Der immer fröhliche Regierungskriminalrat Karl Schütz, seinerzeit Einsatzleiter einer vielbesprochenen Aktion gegen ein Hamburger Nachrichtenmagazin, sowie der Kriminalkommissar Siegfried Heider und der Kriminalhauptkommissar Heinz Lübke, relativer Held eines der am besten verkauften SPIEGEL-Titel, fühlten sich durch einen Bericht im „Stern“ vom November 1962 beleidigt, in dem sie als Mitwirkende an der SPIEGEL-Aktion zwar nicht genannt, aber abgebildet worden waren. Auch trugen sie vor, so referierte das Prozessgericht, sie „müssten jetzt damit rechnen, dass ihr Aussehen gegnerischen Nachrichtendiensten bekannt geworden sei. Hierdurch werde ihre ... Sicherheit



Kläger Schütz (l.), Häftling Augstein



Kläger Heider (l.), Häftling Augstein



Kläger Lübke, Häftling Augstein

gefährdet“. Eine Strafkammer des Landgerichts Hamburg und, auf Beschwerde der Kläger bemüht, das Hanseatische Oberlandesgericht hatten die Strafbarkeit der Veröffentlichung geprüft und verneint. Die drei im „Stern“ so genannten Sicherheitshüter (Landgericht Düsseldorf: „... Bezeichnung mag unangemessen sein, ist aber ... noch nicht ... beleidigend ...“) hielten die Hamburger Entscheidungen „nicht für zutreffend“ und liessen ihre Sache im Rheinischen neuerlich vortragen, diesmal einer Zivilkammer mit der Forderung nach je DM 10 000,00 (in Worten: zehntausend Deutschen Mark) seelischen Schmerzensgeldes, plus vier Prozent Zinsen seit dem 11. November 1962. Die Düsseldorfer Richter schieden zwischen „absoluten“ Personen der Zeitgeschichte – „zu dieser Personen-Gruppe gehören die Kläger sicherlich nicht“ – und „relativen“ PdZ, die es sich gefallen lassen müssen, in Presseberichten als Randfiguren zu erscheinen. Da es sich bei der Besetzung des SPIEGEL im Oktober 1962 „um ein besonders bedeutendes Ereignis der Zeitgeschichte handelte“, gilt für Recht: „Die Bilder sind daher insgesamt einschliesslich der mit abgebildeten Kläger als Bildnisse der Zeitgeschichte anzusehen, die grundsätzlich auch ohne Einwilligung der Kläger veröffentlicht werden durften.“ Die Klage wurde abgewiesen. Statt beim „Stern“ zur Kasse zu treten, zahlen die Beamten nun Kosten bei der Gerichtskasse ein.

STAATSSICHERHEITSDIENST WILL MAN NICHT HEISSEN

SPIEGEL-Gespräch mit dem Präsidenten des Bundesamtes für Verfassungsschutz, Hubert Schrübbers



Schrübbers im Gespräch mit dem SPIEGEL-Reporter in seinem Bonner Amtszimmer*

SPIEGEL: Der Verfassungsschutz in Deutschland und in anderen Ländern stellt sich selbst als geheimen Nachrichtendienst. Das ist vielfach schriftlich belegt. Nun gibt es keinen des geheimen Nachrichtendienstes, die sagen, der Verfassungsschutz sei überhaupt kein geheimer Nachrichtendienst, sondern ein geheimer Sicherungsdienst, und Sicherung ist ja in der Regel eine Polizei-Aufgabe. Was sagen Sie dazu, Herr Präsident?

SCHRÜBBERS: Das ist für mich eine akademische Frage. Was wir zu tun und zu lassen haben, ergibt sich aus unserem Gesetz und den zu bekämpfenden Bestrebungen. Wenn der Gegner sich in den Untergrund begibt und geheime Pläne schmiedet, müssen wir ihm dahinter folgen und von ihm unbemerkt, also geheim winken. Diese Methoden sind ohne weiteres sachgerecht, und das deutet eben darauf hin, daß unsere Organisation Elemente eines geheimen Nachrichtendienstes hat. Im übrigen heißen wir Verfassungsschutz.

SPIEGEL: Der Name ist „Verfassungsschutz“. Was hat man sich darunter ursprünglich vorgestellt?

SCHRÜBBERS: Das Grundgesetz stellt in seinem Artikel 87 vor, daß durch Bundesgesetz geschaffen werden erstens Landesgrenzschutzbehörden, zweitens Zentralstellen für das polizeiliche Auskunfts- und Nachrichtenwesen, das wäre das Bundeskriminalamt, und drittens eine Zentralstelle zur Sammlung von Unterlagen für Zwecke des Verfassungsschutzes. Da kommt zum erstenmal der Name Verfassungsschutz vor. Was man sich darunter vorgestellt hat, mußte

* Mit Hans-Dietrich Becker (M) und Gerhard Ahler.

HUBERT SCHRÜBBERS

wurde 1955 Präsident des Bundesamtes für Verfassungsschutz (BfV) in Köln, nachdem sein Vorgänger in diesem Amt, Dr. Otto John, ein Jahr zuvor in die Zone übergewechselt war und damit die erste schwere Geheimdienst-Krise ausgelöst hatte. Nach dem Debakel mit dem politisch engagierten John, den eine Postkarte von Theodor Heuss zur Mitarbeit am Aufbau der Bonner Republik aus dem Londoner Exil zurückrief, wählte Innenminister Schröder an der Spitze des Verfassungsschutzes einen Karriere-Juristen, Hubert Schrübbers – Jahrgang 07 – war bei seiner Berufung Generalstaatsanwalt in Düsseldorf und hatte zuvor als Bundesanwalt politische Straftaten verfolgt. Sein Amt – ausgestattet mit einem 20-Millionen-Etat und rund 900 Köpfen Personal – ist eine „bundeseigene Verwaltung“. Die Länder haben eigene Ämter oder Dienststellen zur „Sammlung und Auswertung von Auskünften, Nachrichten und sonstigen Unterlagen“ zum Schutze der Verfassung. Der „Truppenvertrag“ mit den Alliierten verpflichtet den Verfassungsschutz zur Zusammenarbeit mit alliierten Sicherheitsorganen. Wie diese Verpflichtung gehandhabt wird, offenbarte die Tele-

phon-Abhöraffaire im September 1963, in deren Verlauf der Verfassungsschutzangehörige Werner Pätzsch Einzelheiten über die Praktiken des BfV berichtete: Mitglieder des BfV, noch dazu ehemalige SD- und SS-Chargen, hätten deutsche Staatsbürger abhören lassen. Doch nach einem Gutachten des Oberlandesgerichtspräsidenten i. R. Silberstein für die Bundesregierung waren „keine Mißbrauchsfälle“ festzustellen. Ebenso urteilte der Bundesgerichtshof in der Sache Pätzsch. Eine parlamentarische Untersuchung endete mit Wendungen des Unbehagens, doch ohne Beanstandungen an Schrübbers. In andere Ämter versetzt wurden dennoch der Oberregierungsrat im BfV Erich Wenger, ehemals Gestapo-Kriminalrat, und der Amtmann im BfV Johannes Strübing, ehemals Gestapo-Kommissar. BfV-Vizepräsident Albert Radke und der Chef der Spionageabwehr im BfV, Richard Gerken, beide aus der militärischen Abwehr unter Canaris hervorgegangen, traten in den Ruhestand. Seither übernimmt Hubert Schrübbers persönlich die Verantwortung für jede Anregung des Verfassungsschutzes, deutsche Telefonanschlüsse zu überwachen

EIN GROSSER COGNAC EIN COURVOISIER

THE BRANDY OF NAPOLEON



...erhalten haben. Eine solche Einrichtung konnte damals natürlich nicht bestehen, weil es die neue, verfassungsmäßige Ordnung noch nicht gab, es sollte erst geschaffen werden. Man wollte aber auf jeden Fall die Wiederkehr des Nationalsozialismus verhindern. Ganz sicher haben dabei auch die Erfahrungen aus der Weimarer Zeit eine Rolle gespielt, auch die damalige Wehrhaft der Kommunisten.

SPIEGEL: Ja, also Zentralstelle zur Sammlung von Unterlagen für Zwecke des Verfassungsschutzes? Ob die Zentralstelle eine sogenannte Nachrichtepolizei oder eine neue Le-Abteilung nach dem Muster der preussischen Polizei oder ein geheimer Sicherungsdienst sein sollte, darüber haben die Grundgesetz-Entwerfer in Herrendorf noch so wohl kaum Gedanken gemacht.

SCHRÜBBERS: Wenn Sie von Nachrichtepolizei sprechen, dann ist es schon ein Hinweis gegeben, den sogenannten Polizeibrief der drei Militärgouverneure an den Parlamentarischen Rat 1948, der die Einrichtung einer Stelle zur Sammlung von Auskünften über umstürzlerische Bestrebungen gestattet und dafür festlegt: „Die Stelle soll keine Polizeibefugnis haben.“

SPIEGEL: Herr Präsident, die Bestimmung, was der Verfassungsschutz tatsächlich ist, hat nach unserer Ansicht Arndt gefunden. Und der nennt den Verfassungsschutz eine Aufsichtspolizei, Überwachungs-polizei.

SCHRÜBBERS: Was wir mit der Polizei gemeinsam haben, das ist, daß wir präventiv Gefahren abwenden sollen, wie sie auch die Polizei vom einzelnen, von der Öffentlichkeit abwenden soll. Das ist das uns verbindende Glied, aber Organisation, Wirkungsweise, der Stil der Arbeit, das ist anders als bei der Polizei. Wir sehen uns einem Gegner gegenüber, der Prinzipien der Strategie und der Taktik ausgearbeitet hat; nach diesen Regeln will er sein Ziel erreichen, und dem müssen wir uns anpassen, so daß wir uns langfristig und intensiv mit der Organisation und den Methoden des Gegners auseinandersetzen müssen. Während die Polizei immer bei einer bereits sichtbaren Mißstand, einer Störung der öffentlichen Ordnung eingreift, versuchen wir, die gegnerischen Bewegungen frühzeitig in ihrem vollen Umfang zu erkennen.

SPIEGEL: Aber der Verfassungsschutz nimmt ja doch direkten Einfluß auf Vollzugshandlungen der Polizei und setzt für seine eigenen quasi-polizeilichen Sicherungsaufgaben die Polizei ein. Wird da nicht ein bißchen mit der Verantwortung Schwarzer Peter gespielt?

SCHRÜBBERS: Jeder Polizeibeamte hat die Pflicht, sich die Gewißheit zu verschaffen, ob die Voraussetzungen für seine Tätigkeit, etwa eine vorläufige Festnahme, gegeben sind. Der Verfassungsschutzbeamte ist für sie ein Zeuge, er berichtet ein als zuverlässig bekannte Zeuge. Um der Polizei möglichst sichere Unterlagen für ihr Eintreten zu verschaffen, haben unsere Observanten schon Polizeibeamte auf ihren Fahrten mitgenommen. Die letzte Phase einer Observation wird manchmal so abgeschlossen, daß ein Polizeibeamter dabei ist. Häufiger kommt etwas anderes vor. Wir können zum Beispiel sagen, irgendwelches illegale Material lagert in dem und dem Hause, und die Polizei geht selbständig hinein und findet nun auch etwas. Das wird sie nur tun, wenn sie sich auf unsere Angaben verlassen kann.

SPIEGEL: Im Endeffekt ist die Tatbestand des Verfassungsschutzes selbst politische Parteitätigkeit. Und daß man als Verfassungsschutz bezeichnet und nachrichtendienstlich durchführt diese „falsche Kappe“, wollen wir einmal sagen ... kann sich über vierhundertmal als verfahren, fordert er auswirken.

SCHRÜBBERS: Die Bezeichnung Verfassungsschutz ist nicht eine kosmische Erfindung späterer Jahre, sondern wie ich bereits sagte ... im Grundgesetz selbst findet sich dieses Wort. Sicher hat es in der Vergangenheit hin und wieder zu Mißverständnissen geführt. Auch ich habe Briefe aus der Bevölkerung bekommen, wonach da Leute glaubten, wir seien irgendein Rechtsinstitut, das Verstöße gegen das Grundgesetz zu verfolgen, zu untersuchen habe. Aber das hat sich seit einigen Jahren gewandelt, wahrscheinlich ist die Aufklärung einer gewissen Publizität zu verdanken, die der Verfassungsschutz gehabt hat.

das Wort verloren hat ... und in bestimmten Teilen Deutschlands maßgebend wird. An der Sicherheit des Staates würden bei uns zudem noch andere mit der Polizei, die Justiz, vor allem Parlament und Regierung. Das würde auch für die Bezeichnung „Staatschutz“ gelten. Wir sollten es bei dem Wort Verfassungsschutz belassen und der Blick nicht auf die Sache als auf sprachliche Nuancen eines Namens richten. Was kann man sich schon in England unter MI-5 der Bezeichnung des uns entsprechenden Dienstes oder unter FBI in Amerika unter Sprachlichen hat vorstellen?

SPIEGEL: Wenn Sie sagen, Sie schützen die Verfassungswirklichkeit, dann muß man ja sagen, es hat eine Reihe von Fehlentwicklungen gegeben -- wir erinnern an die Fernsehentscheidung des Bundesverfassungsgerichts, das Luth-Urteil, das Schmid-Urteil, die Frage der automatischen U-Haft bei Verdacht des Verbrechens gegen das Leben ... die am Bundesverfassungsgericht korrigiert wurden und mit denen Sie



Die Leiter der operativen Abteilungen des Verfassungsschutzes. Facharbeit in II, III, IV

SPIEGEL: Sie wissen, Herr Präsident, die Bezeichnung Verfassungsschutz ist von und an höchster Stelle umstritten. Herr Dr. Schröder hat sich als Innenminister immer sehr klar geäußert und gesagt, die Bezeichnung sei unglücklich, es handele sich um Staatssicherheit und man könne eines Tages sicherlich getrost zu diesem Namen zurückkehren. So hat er gesagt. Auch sein Nachfolger als Innenminister, Herr Höcherl ...

SCHRÜBBERS: Zu welchem Namen zurückkehren?

SPIEGEL: Zum Namen Staatssicherheit. Und auch Höcherl hat gesagt, der Name sei unglücklich.

SCHRÜBBERS: Von einer Verfassung spricht man in einem doppelten Sinne. Einmal gibt es die geschriebene Verfassung, das Grundgesetz, und dann die Verfassungswirklichkeit, das verfassungsgemäße Leben in unserem Staate. Das letztere ist unser Schutzziel. Insofern hat immerhin „Verfassungsschutz“ seine Berechtigung. „Staatssicherheitsdienst“ werden wir uns bestimmt nicht gern nennen lassen, weil

nichts zu tun haben. Sie erfassen also keineswegs die ganze Verfassungswirklichkeit, sondern nur Verfassungswirklichkeit auf einem ganz bestimmten. Ihnen vom Gesetz vorgezeichneten Gebiet, nämlich umstürzlerische Bestrebungen gegen die verfassungsmäßige Ordnung.

SCHRÜBBERS: Bestrebungen! Das ist ganz wesentlich, das müssen Sie hinzunehmen. Fehlentwicklungen auf dem Gebiete der Gesetzgebung, Verwaltung und Rechtsprechung sind nicht unser Beobachtungsgebiet. „Bestrebungen“ hingegen sind ganz wesentlich für unser Arbeitsgebiet. Denn das sind zielstrebige Unternehmungen, die eine Veränderung der verfassungsmäßigen Ordnung der Verfassungswirklichkeit, also Umsturz bedeuten.

SPIEGEL: Die Abteilungsgliederung Ihres Amtes zeigt ja, mit welchen Be-

V. I. P. F.: Die Leitenden Regierungsdirektoren Lorenz Bessel-Lorck, Abteilung II (Rechtsradikalismus); Dr. Günther Nollau, Abteilung III (Linksradikalismus); Dr. Rüdiger Meier, Abteilung IV (Spionageabwehr).

Mit wenig Geld

*
durch große
Steuervorteile
*
zum sicheren
Eigentum

Durch sofortige 75%ige
Abschreibung nach § 14
Berlin-Hilfe-Gesetz

Nutzen Sie diese
Gelegenheit einer soliden,
krisentesten Anlage bei
guter Verzinsung. Werden
Sie Miteigentümer an
einem der imposantesten
Berliner Projekte
der letzten Jahre, am

„Opernviertel“ in Berlin



Das Bauvorhaben liegt zentral in bester Wohn- und Geschäftsgegend direkt neben der Oper. 420 Wohnungen und über 1/3 der Gesamtfläche stehen für Büros und Geschäfte zur Verfügung.

Das Projekt wird schlüsselfertig zum Festpreis errichtet. Die Verwaltung erfolgt durch uns.

Mindesteinlage: DM 25000,-

In den letzten Jahren haben wir 3400 Wohnungen für DM 181 Millionen gebaut bzw. befinden sich noch im Bau. Alle unsere bisherigen 21 Berliner Objekte (ca. DM 50 Mill. Bausumme) mit den 75% Steuervorteilen sind bereits gezeichnet. Bitte untenstehenden Kupon ausschneiden, aufkleben und absenden.

Bitte senden Sie mir umgehend die ausführliche, kostenlose Informations-Broschüre

Adresse bitte deutlich ausfüllen

HEINZ
MOSCH

Bauunternehmung, Baufinanzierung
Wirtschaftliche Betreuung

1 Berlin 30, Courbierestr. 11, Ruf 249536
62 Wiesbaden, Langenbeckstraße 9
Ruf 39141 / 37 26 26 Abl. 5



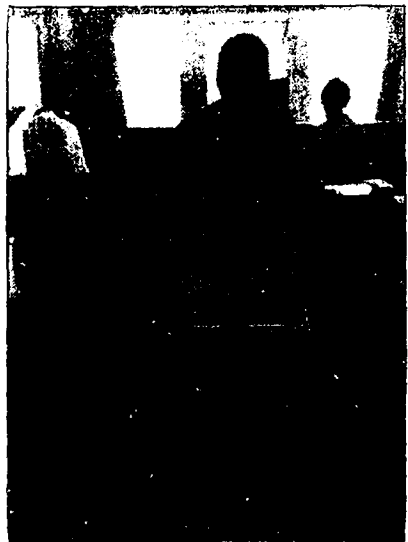
Gesicherter Raum, gesicherter Flur im BIV* „Wir müssen dem Gegner ...“

reichen der „Verfassungswirklichkeit“ Sie sich beschäftigen.

SCHRÜBBERS: Die Aufgaben sind klar abzugrenzen. Daher habe ich es für richtig gehalten, die Facharbeit organisatorisch zu trennen in eine Abteilung II für die Bekämpfung des Rechtsradikalismus, Abteilung III gegen Linksradikalismus und IV gegen Spionage.

SPIEGEL: Abteilung I ist die Verwaltung. Aber 1957 haben Sie noch ein Baby bekommen die Abteilung V, die Geheimenschutzabteilung, die ja, verzeihen Sie bitte, doch sehr hindeutet auf eine Art polizeiliches Denken, polizeiliche Auftragsstellung. Hier geht es ja gar nicht mehr um Gefährdung durch umstürzlerische Bestrebungen, sondern hier sagt man: Ein Bürger, der Geheimnisträger ist oder mit Geheimsachen befaßt wird, ist ein besonderer Bürger und muß sich in sozialadäquatem Umfang gefallen lassen, daß man ihn besonders abklärt, prüft. Das ist ja nun eine regelrechte überwachungs-polizeiliche Aufgabe, die doch mit umstürzlerischen Bestrebungen überhaupt nichts zu tun hat.

SCHRÜBBERS: Überwachungspolizeilich kann man diese Aufgabe gewiß nicht nennen. Zunächst muß man sie historisch sehen. 1955 wurden wir ja Mitglied der Nato, und die Nato stellte Sicherheitsforderungen auf. Die Bedrohung der Sicherheit ging bei uns von Bestrebungen aus, über die unser Amt Erkenntnisse erworben hatte und ständig neu gewann. Daher bot es sich an, zunächst die Frage zu prüfen, ob sich nicht der Verfassungsschutz für diesen sogenannten vorbeugenden Geheimenschutz, also schon im weitesten Vorfeld die Abwehr gegnerischer Tätigkeit, anbot. Diese Art der Abwehr wird auch in anderen Nato-Ländern von Diensten geleistet, die ähnliche Aufgaben haben wie wir. Und so hat man uns dann die Aufgabe übertragen, über vorgesehene Geheimnisträger im Behördenbereich und im Bereich der Industrie die entsprechenden Unterlagen beizuziehen. Die Entscheidung über die Zulassung zu Geheimsachen treffen wir überhaupt nicht, wir liefern nur Tatsachen, wenn welche vorhanden sind.



... in den Untergrund folgen“: IBM-Computer, Mikrofilm-Lesegerät im BIV

die für die Sicherheit des Landes zu haben können.

SPIEGEL: Sie sagen: Man hat uns diese Aufgabe übertragen. Wer hat sie Ihnen übertragen? Die Bundesregierung, kraft ihrer Organisationsgewalt?

SCHRÜBBERS: Diese Tätigkeit wurde durch den Auftrag des Gesetzes von 1950 als gedeckt angesehen, weil sie ebenfalls bereits Abwehr von Bestrebungen gegen die verfassungsmäßige Ordnung ist.

SPIEGEL: Geheimenschutz als Schutz der verfassungsmäßigen Ordnung? Er ist wohl mehr eine pragmatische Entwicklung. Man sagt sich, der Verfassungsschutz hat mit Linksradikalismus zu tun, hat mit Spionage zu tun und wenn die schon so viel wissen, dann sollen sie jetzt mit sichern, und zwar präventiv, gegen den Angriff von Kommunisten und ostlichen Spionen, der sich auf die Geheimnisträger richten wird. Wenn wir es vom Bürger her sehen: Ob der das nun gern hat, wenn sich eine Behörde, die sich hauptsächlich mit Kommunismus und Spionage beschäftigt, seiner annimmt? Vom beobachteten Bürger her ist es ja nicht so schön.

SCHRÜBBERS: Es wäre ein Irrtum zu glauben, Bürger würden überwacht oder beobachtet. Ich wiederhole, wir ziehen Unterlagen bei. Wenn dem Bürger das so unangenehm ist, hat er es in der Regel in der Hand, von seiner Verwendung als Geheimnisträger absehen zu lassen. Es kommen ja zunächst nur Beamte, Angehörige von Behörden in Betracht, und Industrieunternehmen, die sich vertraglich bereit finden, solche Überprüfungen zuzulassen. Also ist da ein volles Einverständnis gegeben. Mir ist auch kein Fall in der Erinnerung, daß sich jemand gegen unsere Tätigkeit gewehrt hat, weil wir uns hauptsächlich mit Kommunismus und Spionage beschäftigen.

SPIEGEL: Nehmen wir an, Herr Präsident, jemand ist Ingenieur in so einem Industriewerk. Für ihn wird ja nun dieser große Sicherungs- und Nachrichtendienst zuständig, und der arbeitet nicht mit polizeigemäßer Mitteln, sondern mit V-Mann und Observation, mit Kameras, mit verlängerten Ohren. Sehen Sie nicht die Problematik, die für den beobachteten Bürger darin liegt?

SCHRÜBBERS: Die sehe ich deshalb nicht, weil Ihr Ausgangspunkt falsch ist. Es wird nicht mit Observation, mit V-Männern und ...

SPIEGEL: ... auf den Ingenieur nicht. Aber es ist eine Behörde, die so was auch tut...

SCHRÜBBERS: Sie tut es in diesen Bereichen nicht. Das ist doch das Entscheidende. Dieser Last ist nicht nur der westdeutsche Bürger allein ausgesetzt, sondern in der ganzen Welt machen es die Abwehrbehörden. Die Sicherheitsbehörden machen auch diese ...

SPIEGEL: Die Abteilung V schiebt die Tätigkeit des Verfassungsschutzes über die Grenze der Abwehr subversiver Bestrebungen hinaus in rein präventive ...

* Im BIV sind die Trakte der operativen Abteilungen durch Scherengitter, die Räume mitgehenden Unterlagen zusätzlich durch Panzertüren mit Zahlenschloßern gesichert. Durch Spiegel überwachen die Bediensteten in den Geheimräumen, ob sich ihnen ein Unbefugter nähert (Bild unten rechts).

Aus den Nähten geplatzt



ala

So geht es vielen Bauern, die, ob sie wollen oder nicht, in engen Höfen wirtschaften müssen und oft den Straßenverkehr in den Dörfern blockieren. — Gewiß nicht mit Absicht. Sie sind gezwungen auszusiedeln und sich neue Betriebe in gunstigerer Lage bauen zu lassen, wenn sie nicht aus der Landwirtschaft ausscheiden wollen.

Ohne Umbauten, Neubauten und Aussiedlungen ist die Forderung, produktiver und besser zu arbeiten, vielfach nicht zu erfüllen.

Die Aussiedlung eines Betriebes aus enger Dorflage aufs freie Feld kostet aber im Schnitt 260 000 bis 280 000 DM. Soviel Geld kann ein einzelner Bauer nicht aufbringen. Hier helfen die Maßnahmen der Agrarstrukturverbesserung wie Flurbereinigung, Aussiedlungen, Aufstockungen und Wegebau. Hier hilft der „Grüne Plan“ (Übrigens meist durch verzinsliche und rückzahlbare Darlehen. Haben Sie das gewußt?)

Allein von 1956 bis 1965 erhielten 15 800 Betriebe durch Aussiedlung eine arrondierte Hoflage

8 700 Höfe durch Vergrößerung der Betriebsfläche eine bessere Existenzgrundlage

9 100 durch Umbauten eine rationellere Innenwirtschaft

Mehr als 2,3 Millionen Hektar wurden durch die Flurbereinigung neu geordnet. So wird vielen Bauern geholfen, das zu werden, was die Allgemeinheit von ihnen verlangt: **Moderne Unternehmer, die preiswerte Qualitätsprodukte schaffen, wie sie die Verbraucher wünschen.**

Die Landwirtschaft dient uns allen.

Dies ist eine Veröffentlichung der

IMA

Informationsgemeinschaft für Meinungspflege und Aufklärung e. V., 3 Hannover Alexanderstraße 3, Telefon 2 87 26
Gegen diesen Abschnitt sendet sie Ihnen gern kostenlos weitere Informationen.

S 5



Illegale Propaganda*
Alle diese Bestrebungen...

Bereiche vor, und betroffen ist der beobachtete Bürger

SCHRUBBERS: Noch einmal. Wir beobachten den Bürger nicht; wir wenden keine nachrichtendienstlichen Mittel gegen ihn an. Glauben Sie, der Bürger würde mehr beruhigt sein, wenn er es mit einer Behörde zu tun hat, die Mord und Raub und sonstige Unfaten aufzuklären hat?

SPIEGEL: ... und falsches Parken ...

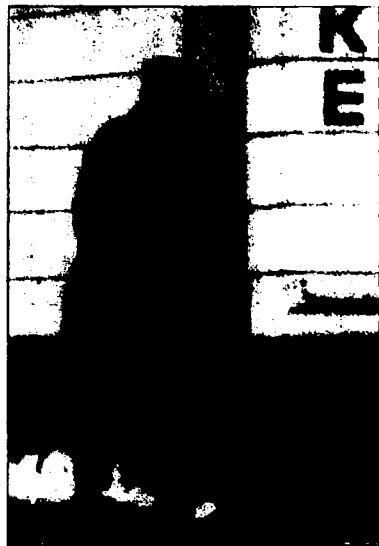
SCHRUBBERS: ... und er wird nur, gerade von einer solchen Behörde überprüft? Glauben Sie denn, der Verfassungsschutz müsse deshalb suspekt sein, weil er Spionage und Umsturz abwehrt? Oder nehmen Sie an, wir seien charakterlich nicht in Ordnung, weil wir uns für diese bitter notwendige Aufgabe zur Verfügung stellen? Einen solchen tochtren und kränkenden Vorwurf hat vor einiger Zeit der Bundesinnenminister mit aller Schärfe zurückgewiesen. Bei einer Überprüfung werden von uns Auskünfte eingeholt. Nichts anderes wird getan. Das ist nicht mit einer negativen Prüfung, sondern kann sich für den Mann auch positiv auswirken, denn er kann ja von einem Verdacht befreit werden oder vor Gefahren gewarnt werden, denen er ausgesetzt ist. Unsere Erfahrungen zeigen nämlich, um ein Beispiel aufzugreifen, daß die nächsten Verwandten in der Zone häufig auf ihn angesetzt werden. Und man tut ihm gar keinen Gefallen, wenn man ihn trotzdem zu einem hochgradigen Geheimnisträger macht, dann ist er nämlich derartigen Gefahren ausgesetzt. Das Hauptüberwachungsgebiet im Bereich der Spionage sind Reisen zu den Ostblock-Ländern, und Gefahren in diesem Bereich werden Manne drohen, so daß wir immer noch sehr viel in diesem Bereich tätig sind.

... (The text continues with a detailed account of the author's personal experience with the security services, mentioning a meeting with a KPD functionary and the author's subsequent actions.)

SPIEGEL: ... (The text continues with a discussion about the author's personal life and the impact of their work.)

SCHRUBBERS: Auch das ist alles über seine persönlichen Verhältnisse erfüllt der zu Überprüfende selbst einen Fragebogen aus. Mühte einmal die Intimsphäre berührt werden, geschieht das mit aller Diskretion. Dabei muß man einmal das Sicherheitsinteresse gegenüber der Ausspähung durch den Osten und zweitens, wie ich schon sagte, auch das Sicherheitsinteresse des Mannes selbst abwägen.

SPIEGEL: Eine Geheimschutzabteilung, die an Abteilungen zur Bekämpfung von Radikalismus und Spionage hinten dranhängt, hat etwas psychologisch zusätzlich Heikles für die Behörde, die schon heikle Dinge genug betreibt, dabei möchten wir doch bleiben dürfen, Herr Präsident



Illegale Zusammenkunft
werden angeordnet

SCHRUBBERS: Diese theoretische Gefahr hat in der Praxis, die ich jetzt seit über zehn Jahren kenne, nicht zu Nachteilen geführt. Ihr Mißtrauen ist tatsächlich unbegründet. Raube Sitten sind nicht unsere Art, nachrichtendienstlich wären sie übrigens dünn und unergiebig.

SPIEGEL: Herr Präsident, auch hinsichtlich der Abteilung IV, der Spionageabwehr, fragen wir uns, ob nicht das Amt, das speziell zur Abwehr von illegalen politischen Bestrebungen gegründet worden ist, in seinem Ansehen auf seiner Arbeit belastet wird durch „heimliche Aufgaben“?

SCHRUBBERS: Ich kann nur sagen, anders als durch geheimnisvolle Methoden sind unsere Aufgaben nicht zu lösen.

SPIEGEL: Auf Zuständigkeit für Spionageabwehr findet sich ja in der Entstehungsgeschichte der Ämter nur ein einziger Hinweis, nämlich Landesverrat ist in der amtlichen Erläuterung zum Gesetz von 1950 kurz erwähnt

SCHRÜBBERS: Dennoch hat das Amt seinen Platz bei der Spionageabwehr mitgewirkt. Ich habe zum Beispiel auch als Bundesanwalt das muß 1951 27 gewesen sein den Fall Maria Knütt, bearbeitet. Das war der erste bedeutende Fall des deutschen Nachrichtendienstes, den versuchte, Maria Knütt in die damalige Dienststelle Blank im Amt zu bekommen. Der Fall ist vom Bundesamt bearbeitet worden. Die weitere Fälle auch noch. Auch im Bundesrat ist schon früh ausgeführt worden daß Aufgabe des Verfassungsschutzes die Sicherung des Staates gegen Angriffe sei.

SPIEGEL: Sie sagen selbst daß mit Sicherheit sehr viele Institutionen zu tun haben.

SCHRÜBBERS: Wozu auch Landesverrat gehört. Das Problem taucht erst dann auf, als die Organisation Gehlen als BND in den Bundesdienst überführt wurde und als schließlich, später der MAD, die Sicherheitsbehörde für die Bundeswehr eingerichtet wurde. Da haben einige Leute erwogen, wen man nun die Spionagebekämpfung zuweisen sollte. Tatsächlich war die Entscheidung schon längst gefallen, daß der Verfassungsschutz diese Aufgabe hat. Wir haben es heute nämlich nicht nur mit der Bekämpfung einer „klassischen“ Spionage alter Art zu tun, die darauf aus ist, einzelne militärische Geheimnisse auszuforschen, sondern die Spionagetätigkeit der Ostblockstaaten ist auch mit der Aufgabe betraut, politisch zu wirken. Das Ziel dieser Dienste besteht auch darin, die politische Situation der Bundesrepublik so zu verändern, daß die Wiedervereinigung Deutschlands im Sinne des Kommunismus möglich ist. Also dient auch die nachrichtendienstliche Initiative letztlich der Umsturzvorbereitung. Dementsprechend gibt es keine Einrichtung des staatlichen, politischen, sozialen und kulturellen und wirtschaftlichen Lebens im Bundesgebiet, die nicht Ziel einer planmäßigen Ausspähung und Zersetzung wäre.

SPIEGEL: Die Frage ist, was man Spionage nennen will. Was Sie nannten



Illegaler Nachrichtendienst
in Zentralkomitee der SED

Mit Blaupunkt bei der Fußball-Weltmeisterschaft



Am Brennpunkt des Geschehens sein – trotzdem die Gemütlichkeit Ihres Heims genießen. Das heißt die Möglichkeit nutzen, die eine moderne Technik Ihnen bietet. Die Blaupunkt Ihnen bietet mit einem Programm erlesener Fernsehgeräte. Kaufen Sie heute Ihren Blaupunkt, und seien Sie morgen dabei, bei den Spielen um die Fußball-Weltmeisterschaft.

Verlangen Sie bei Ihrem Blaupunkt-Fachhändler unsere Tabelle zum Eintragen der Fußballergebnisse.

Senden Sie mir bitte genaue Informationen über Ihr Blaupunkt-Programm
Name:
Adresse:
Blaupunkt-Werke GmbH,
32 Hildesheim, Werbeabteilung

BLAUPUNKT

Mitglied des Bosch-Firmenverbandes

BEGEGNUNG OHNE „GUTEN MORGEN“

Der pensionierte Leiter der Abteilung IV (Spionageabwehr) des Bundesamtes für Verfassungsschutz, Rezierungsdirektor O. D. Richard Gerken, schildert in seinem Buch „Spion in Bonn“ (Verlag Ludwig Auer Cassianeum, Donaauwörth 1964, 124 Seiten, 3,90 Mark) wie der Bundestagsabgeordnete Alfred Frenzel durch Observationsmaßnahmen des Verfassungsschutzes als Agent des militärischen Nachrichtendienstes der Tschechoslowakei überführt wurde.

Wie war es dem Bundesamt für Verfassungsschutz möglich, den Fall Frenzel aufzudecken? Unter Beobachtung standen Augustin und Fiegl, die beiden Offiziere des tschechischen Geheimdienstes. Gegen sie bestand Verdacht landesverräterischer Betätigung. Es fehlten aber gerichtsverwertbare Beweise. Als Herr Augustin am 26. Oktober 1960 durch Bonn spazierte, begleiteten ihn ein paar Augen des Verfassungsschutzes, die er allerdings nicht wahrnehmen konnte. Bei diesem Spaziergang geschah dann etwas Interessantes: In der Remigiusstraße, unweit des Marktplatzes, folgte Augustin in 15 Meter Abstand unauffällig einem seriös aussehenden korpulenten Herrn. Beide trugen gleiche Aktentaschen; der eine unter dem linken, der andere unter dem rechten Arm. Augustin beschleunigte seinen Gang. Als er den Vordermann überholte, übernahm — geübt und unauffällig — der eine vom anderen die Aktentasche. Es war also ein Tausch — ohne „Guten Morgen“ oder „Guten Tag“. Natürlich handelte der geschulte Beamte des Verfassungsschutzes nun instinktiv richtig. Er begleitete nach dem Taschentausch — gut getarnt — den „Dicken“. Diesen kannte er ja noch nicht. Der Weg führte zur Husarenstraße 6. Dort mußte der Unbekannte wohnen. Das genügte ... zwei Tage vor (Frenzels) Festnahme.

*

Ein leitender Beschaffungs-Beamter in der Abteilung III (linksradikalismus) schildert unter dem Pseudonym Karl Merlen in seinem Buch „Die roten Maulwürfe“ (Verlag Ludwig Auer Cassianeum, Donaauwörth, 1964; 128 Seiten; 3,90 Mark), wie ein kommunistischer Flugschriftenverleiher in einer gemeinsamen Operation von Verfassungsschutz und politischer Polizei auf frischer Tat festgenommen wird.

Der Chef der Leitstelle in Magdeburg verstaute Zersetzungsschritten in der Decke einer Toilette im Interzonenzug. Die Schriften konnten ohne Begleitung nach Westdeutschland reisen. Als der Verfassungsschutz diese Arbeitsmethode erkannte, wurde klar, weshalb im Interzonenzug Berlin-Hannover manche Passagiere mit ihrer Aktentasche zum WC schlichen.

Eine Observation Kowalskis ergab, daß er jede Woche donnerstags nach Hannover fuhr, um von dort mit dem Interzonenzug ins Ruhrgebiet zurückzukommen. Freitags und samstags tauchten dann in den Briefkästen der interessierten — und auch nicht interessierten — Leser die bunten Zeitungen aus der „DDR“ auf.

Am 16. Mai 1963 war für Kowalski der Letzte. An diesem Tag war der

Observationstrupp durch zwei Beamte der politischen Polizei verstärkt worden. Kowalski hatte in Hannover nichtsahnend den Interzonenzug bestiegen und saß jetzt auf einem Eckplatz im zweiten Abteil von der Toilette. Der Hohlraum an der Decke war „geladen“, die Beamten der Observationsgruppe, die schon in Helmstedt zugestiegen waren, hatten sich davon überzeugt. Jetzt warteten sie, daß der Fisch ins Netz ging.

Kowalski daste im gleichmäßigen Rattern des Zuges vor sich hin und wurde erst wach, als man Hamm verlassen hatte. Er stand auf, reckte sich, griff nach seiner Aktentasche und ging zum WC. Er tat das ruhig und unauffällig; er hatte das schon dreißig- oder vierzigmal gemacht, und einem zufälligen Zuschauer wäre an der ganzen Sache nichts aufgefallen. Die vier Beamten, die im Gang am Fenster vor der Toilette standen, bemühten sich, ihre Erregung zu verbergen und möglichst unbeteiligt auszusehen. Als Kowalski den Riegel der Tür zum WC von innen verschloß, ließ ihre betonte Gleichgültigkeit etwas nach, und der Jüngste fragte flüsternd: „Und was, wenn er beim Herauskommen nichts in der Aktentasche hat?“

Das war tatsächlich das Problem. Wenn Kowalski die Beobachtung wider Erwarten bemerkt haben sollte, würde er das Material in dem Deckenfach belassen und mit leerer Tasche aus der Toilette treten. Eine ergebnislose Durchsuchung Kowalskis würde seinen möglichen Verdacht, beobachtet zu werden, bestätigen, der Versandstützpunkt in Recklinghausen würde stillgelegt werden, und die mühseligen Beobachtungen der letzten Wochen wären umsonst gewesen.

Der jüngere Kollege blickte auf seine Uhr: einige Minuten waren mit diesen Überlegungen verstrichen.

Jetzt mußte er dabei sein, seine Aktentasche vollzupacken.

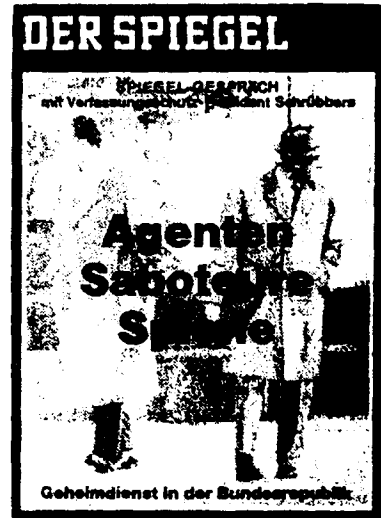
Sein älterer Kollege flüsterte: „Und was, wenn er nur auf der Brille sitzt?“

In dieser Situation entschloß sich (ein Kriminalpolizei-Beamter), nicht mehr länger zu warten, sondern lieber etwas zu riskieren. Er wußte zwar, daß das Ganze heikel war, drehte aber trotzdem den Riegel der Toilettentür mit dem Vierkantverschluss vorsichtig zurück. Drinnen rührte sich nichts. Der Beamte atmete langsam aus, sog die Luft wieder ein und hielt erneut den Atem an. Dann drückte er vorsichtig die Klinke herunter und die Tür auf. Als er leise einen Schritt vorwärts machte und um die Ecke blickte, stand Kowalski auf dem Becken. Er hatte von dem ihm drohenden Ungewitter noch nichts bemerkt. Das Deckenfach war offen, und Kowalski nahm gerade die ersten Päckchen mit Zersetzungsschriften heraus.

Der Kriminalwachmeister sagte mit ruhiger Stimme: „Na, Fritze, nun steig mal runter. Den Schmant da oben holen wir selbst raus.“

kann man ja auch politische Abklärung nennen, wenn man will. Die druben arbeiten doch auf mehreren Linien, so daß man nicht sagen kann, es ist ein und dieselbe Organisation, ein und derselbe Angriff, um sowohl politische Abklärung als auch echte Ausspähung von Staatsgeheimnissen, also die eigentliche Spionage, durchzuführen.

SCHRÜBBERS: Auf die Organisation des Gegners kann es doch nicht ankommen. Alle Ausspähungsangriffe sind abzuwehren, von wein auch immer sie ausgehen — ihr Ziel ist entscheidend. Vergessen Sie nicht, daß außerdem alle diese Bestrebungen durch eine Stelle koordiniert werden: das Zentralkomitee der SED. Im übrigen besteht drüben eine klare organisatorische Trennung zwischen nachrichtendienstlicher Ausspähung — auch politischer Ziele — und subversiver wie offener Aggression kommunistischer Organisationen. Die Spionagetätigkeit wird ausschließlich von der Hauptverwaltung



„Lauffreff von SED-Agenten“
Seriöser Herr beschleunigt den Gang

Aufklärung — HVA — des Ministerium für Staatssicherheitsdienst — MfS — und von der Verwaltung für Koordinierung — VFK — der Nationalen Volksarmee ausgeht.

SPIEGEL: Handelt es sich dabei nicht um Aufklärung mit der Zielrichtung echter, überwiegend militärischer Spionage, die sich unterscheidet von politischen Bestrebungen, die ...

SCHRÜBBERS: Zu dieser Spionage gehören auch rein politische Ziele, zum Beispiel die Parteien und ihre Einstellung zu bestimmten politischen Fragen auszuspähen, oder Ansatzpunkte für Zersetzungstätigkeit. Anfangs ist nicht immer erkennbar, ob der Spionageagent auf militärische, politische oder wirtschaftliche Ziele angesetzt ist. Es findet häufig sogar eine Kumulierung von

* Bei dem Titelbild dieser SPIEGEL-Ausgabe handelt es sich um ein Original-Observationsphoto des Verfassungsschutzes von einem konspirativen Treff, wie er in dem nebenstehenden Auszug von dem ehemaligen Abteilungsleiter des Verfassungsschutzes Richard Gerken beschrieben wird. Das Photo ist dem nebenstehend erwähnten Buch „Die roten Maulwürfe“ entnommen.

Aufträgen bei dem einzelnen Agenten statt.

SPIEGEL: Sie meinen also, das geht zunächst mal gerade in den Vorstufen so in die Breite und mischt sich so sehr von reiner Unterstützung offener Propaganda über illegale Agitationstätigkeit bis Sabotage, Diversion und Spionage, so umfassend und in dem als Ziel geschene Personenkreis so undifferenziert, daß alles in einem Dienst zusammenliegen muß? Nun kann man daraus zwei Schlüsse ziehen. Einmal: Alles muß dann die Behörde machen, die für die Abwehr von Angriffen auf die verfassungsmäßige Ordnung zuständig ist. Oder: Alle diese Bestrebungen kommen von außen; so bedauerlich das Wort in diesem Zusammenhang ist: vom Ausland. Also soll es eben alles zusammen ein Auslandsabwehrdienst machen. Das wären die beiden Schlüsse, die man jetzt ziehen könnte.

SCHRÜBBERS: Es gibt keinen Auslandsabwehrdienst, sondern einen Auslandsaufklärungsdienst.



BfV-Präsident Schrübbers, FBI-Director Hoover: „Nehmen Sie an ...“

SPIEGEL: Wir meinen nicht den BND. Das ist natürlich klar, daß es der BND nicht machen kann. Nein, die Frage ist: Braucht man nicht um der sauberen Systematik, der dogmatischen Klarheit, aber auch des Ansehens der inneren politischen Aufklärungspolizei willen einen getrennten vierten Dienst? Man hätte dann den BND als Auslandsnachrichtendienst, den Verfassungsschutz als inneren politischen Sicherheitsdienst, den MAD als Bundeswehrabschirmung — und eine Art Auslandsabwehrdienst. Das wäre die Frage.

SCHRÜBBERS: Und einen fünften noch, der die vorbeugende Sicherheit macht?

SPIEGEL: Das könnte zur Kriminalpolizei kommen, vorbeugender Geheimerschutz.

SCHRÜBBERS: Es gibt in der Praxis keine bessere Lösung als die jetzige. Nennen Sie mir doch ein Land, in dem Ihr Steckpferd eines Auslandsabwehrdienstes verwirklicht ist? Warum soll denn die Spionageabwehr des Ver-

fassungsschutzes das Ansehen der übrigen Abteilungen belasten? Berechtigung und Notwendigkeit der Spionageabwehr wird doch allgemein als selbstverständlich angesehen. Umstritten ist bei den Links- und Rechtsradikalen und denen, die ihnen im Interesse mißverständlicher Freiheit die Stange halten, weit mehr die Bekämpfung dieser Art von Umsturzbestrebungen. Denken Sie auch daran, daß Verfassungsschutz von Bund und Ländern wahrgenommen wird. Sollte in jedem Land noch eine Sonderbehörde für Spionagebekämpfung gebildet werden, oder sollte es ein zentraler Bundesdienst machen?

SPIEGEL: Die Frage lautet: Ist die hier entwickelte Gegenpraxis gegenüber dem Ostraum und der dort entwickelten Praxis so entscheidend in ihren Erfolgsmöglichkeiten, daß die unmittelbare Verbindung mit der politischen Abwehr von Rechts- und Linksradikalismus sein muß, um überhaupt Erfolge zu haben? Herr Präsident, die politische Neurose gegenüber dem Verfassungsschutz, die Kollektivneurose, die können Sie nicht



BND Chief Gehlen
... wir wären charakterlich ...

von einer Neurose noch nichts gemerkt. Angriffe gegen uns nehmen nur bei denen neurotische Züge an, die sich auf Freiheit berufen, wobei sie vergessen, daß dazu Toleranz und Anstand gehört. Meine Mitarbeiter sind genauso Bürger mit allen grundgesetzlichen Freiheitsrechten, vor allem auch Träger der Menschenwürde, das vergessen manche unserer verspäteten Freiheitshelden.

SPIEGEL: Sie haben mit dem Bürger nichts zu tun? Wir haben dazu schon über die Abteilung V gesprochen. Aber lassen Sie uns mal über die Abteilung II sprechen: Rechtsradikalismus. Da haben wir es ja auch mit dem Bürger zu tun. Herr von Thadden von der heutigen NPD machte zeitweilig keine Versammlung, auf der er nicht sagte: Guten Abend, meine Damen und Herren, ich begrüße die Herren vom Verfassungsschutz ...



MAD Chief Seeliger
... nicht in Ordnung?

SCHRÜBBERS: ... schon, daß er weiß, es gibt einen Verfassungsschutz — und das hindert sowohl die Rudimente des Nationalsozialismus als auch die KP, ihren Kopf zu sehr aus der Deckung zu heben.

SPIEGEL: Aber dort haben wir es doch mit dem Bürger zu tun. Mit Herrn Thielen und mit Herrn von Thadden und mit Herrn Remer.

SCHRÜBBERS: Die sind Mitglieder der Organisation. Mit ihr in erster Linie haben wir es zu tun. Daß sie auch Bürger sind, ist doch eine Binsenwahrheit ...

SPIEGEL: ... mit Bundesbürgern, die in der Gefahr der politischen Verirrung sind, die in der Gefahr sind, legale Bestrebungen zur Veränderung der Verfassungswirklichkeit mit illegalen zu verwechseln, aber doch mit den uns anempfohlenen Mitbürgern, die wir auf dem rechten Weg halten möchten mit dem geringstmöglichen Zwang. So ist es doch.

SCHRÜBBERS: Also, mit kriminalpolizeilichen Mitteln — die sind ja doch in der Regel viel einschneidender für den Bürger — arbeiten wir nicht. Ferner übersehen Sie, daß ich sagte, wir haben es weniger mit dem Einzeltäter — wie in der Kriminalität — zu tun, sondern mit dem organisierten Bürger.

SPIEGEL: Es handelt sich hier nicht um Führung aus dem Ausland. Das ist einmal das erste Element, das wegfällt. Es handelt sich zweitens nicht um den Verdacht, sagen wir, einer Zersetzung oder Sabotage in Erfüllung äußerer Ziele mit Wirkungen auf die äußere Machtstellung der Bundesrepublik, sondern es handelt sich um Leute, die von innen her etwas tun wollen, was möglicherweise verboten ist.

SCHRÜBBERS: Hitler hat mit siebzig Mann angefangen, und hätte man sich damals sorgfältig um seine Ziele gekümmert, um den Bürger Hitler, dann wäre es wahrscheinlich nicht zu der sogenannten Machtübernahme gekommen. Wenn wir Anhaltspunkte haben, daß derartige Bestrebungen realisiert werden — das kann sogar eine Ein-Mann-Organisation sein —, dann wür-



Stuttgarter Nachrichten

Der Verfassungsschutz: Macht kaum zwei Prozent auf meiner weißen Weste

den Sie sagen, es ist der einzelne Bürger? Nein, es ist der Mann, der eine Organisation aufbauen will mit dem Ziel, die verfassungsmäßige Ordnung zu gefährden. An allgemeiner Aufklärung — und das geht ja in erster Linie unsere Publikationsmittel an — fehlt es ja auch nicht.

SPIEGEL: Wir wollen ja nur sagen, der Dienst zur Beobachtung solcher Bestrebungen wäre akzeptabler, wenn er nicht zugleich ein solch großer Spionageabwehrdienst nach außen wäre. Es ist kürzlich gesagt worden, daß der Verfassungsschutz schwer angeschlagen sei, seit ehemalige Canaris- und Gestapo-Leute wegen der öffentlichen Kritik aus dem Amt ausscheiden mußten. Der ehemalige Leiter der Abteilung IV hat gesagt, die Erfolge der Spionageabwehr gingen zurück.

SCHRÜBBERS: Dabei ging man von der Zahl der erkannten Agenten in der Bundesrepublik insgesamt aus, ohne zu unterscheiden, wer diese Agenten nun ermittelt hat oder bei wem sie sich selbst gestellt hatten, zum Beispiel bei der Polizei, die ja immer einen sehr großen Anteil hatte, dem Verfassungsschutz.

... Nachrichtenendienst ... Agenten im Abstand ... der von ... Agenten in der Bundesrepublik ... Höchststand von 2802 im Jahre 1959 auf 1543 im Jahre 1960 und 149 im Jahre 1961. Nach dem Bau der Mauer ist ein Sturz um nicht weniger als umgetreten auf 1430 für 1962, auf 115 für die NS-Zeit belasteten Anhaltungen noch hier waren. 1963 im September begann die Telefonaffäre, zu dieser Zeit waren noch alle hier. 1963 ist die Zahl gleichgeblieben bei 1432, sie lag 1964 bei 1014, und 1965 liegt sie etwas unter 1000. Also, es ist ein konstanter Rückgang.

SPIEGEL: Herr Präsident, wir meinen ja nur, daß es in den Ohren der Öffentlichkeit merkwürdig klingt, wenn angeblich der Schutz der Verfassung nicht mehr klappert, weil die Canaris- und Gestapo-Leute weg sind.

SCHRÜBBERS: Entscheidend fiel die Zahl erst nach dem Bau der Berliner Mauer, als die Ergebnisse der Flüchtlingsbefragung sich verringerten. Mit den Zonenflüchtlings waren jährlich hunderte von Agenten von den sowjetzonalen Nachrichtendiensten eingeschleust worden. Im übrigen ist festzustellen, das ist meines Erachtens ein besonders wichtiger Punkt, daß der Anteil des Verfassungsschutzes an diesen Ermittlungen bis heute laufend gestiegen ist. Er liegt jetzt einschließlich der Selbstgestellter bei über 70 Prozent, während er in früheren Jahren, von der Flüchtlingsbefragung abgesehen, immer niedriger lag. Allein seit 1961 hat er sich verdoppelt. Die Arbeitsergebnisse der Spionagebekämpfung durch den Verfassungsschutz in Bund und Ländern sind demnach gegenüber den früheren Jahren besser geworden, obwohl die kommunistischen Nachrichtendienste ihre Methoden in mancher Hinsicht verfeinert haben.

SPIEGEL: Während 500 bis 700 früher gleich in den Flüchtlingslagern erkannt wurden, kommen sie jetzt auf anderen Wegen und können nicht mehr so leicht ausgiebt werden? Oder fehlen diese 500 nun im quantitativen Ansatz von der anderen Seite?

SCHRÜBBERS: Ich meine, eher die erste Möglichkeit liegt der Wahrheit näher. Die Werbungen von Leuten aus dem sowjetzonalen Machtbereich, die in die Bundesrepublik geschickt werden, haben sich verringert, während die Kapazität der kommunistischen Nachrichtendienste gleichgeblieben ist. Sie erstreckt sich nun mehr auf Bundesbürger, die beispielsweise in den östlichen Machtbereich reisen. Diese Agenten zu erkennen, ist aber schwieriger. Die Agenten unter den Flüchtlingen, die in einem psychologisch günstigen Moment, als sie die Flüchtlingslager betreten, von einer unserer Gruppen befragt worden waren, sind natürlich leichter geständnisbereit als jemand, der seine Verwandten in der Zone besucht und dabei geworben wird.

SPIEGEL: Also eine Verlagerung der Werbung?

SCHRÜBBERS: Eine Verlagerung der Werbung auf Bundesbürger.

SPIEGEL: Das ist ein Kapazitätsproblem?

SCHRÜBBERS: Die Zahl der Führungsoffiziere, ihre Potenz zur Führung von Agenten, das sind rechnerische Größen, von denen wir ausgehen.

SPIEGEL: Man kann also einerseits sagen, daß die andere Seite sich durch



Zerstörte jüdische Gedenksteine in Solzgitter. Verfassungsschutz nach rechts

Treffpunkt,
anspruchsvoller Gäste
aus aller Welt

HOTEL **Hannover**
INTERCONTINENTAL
Telefon 169 11 - Telex 923 656

HOTEL **Frankfurt**
INTERCONTINENTAL
Telefon 23 06 81 - Telex 4-12639



den Bau der Mauer selber Möglichkeiten der Infiltration abgeschnitten hat? Und auf der anderen Seite sind durch eine Schwerpunktverlagerung der gegenrhetorischen Werbung auf Bundesbürger die Erkenntnismöglichkeiten der Abwehr erschwert worden? Sind nun die Möglichkeiten des Gegners größer geworden oder geringer?

SCHRÜBBERS: Die Flüchtlinge haben wir fast alle befragt, oder wir hatten ein System, aus den Flüchtlingen die auszusieben, die unserer Befragung wert erschienen. Aber die Millionen Bundesbürger, die in die Zone reisen, werden nicht befragt. Die genannten Zahlen der von uns erkannten Agenten treffen aber nicht die wirklich hier tätigen Agenten, sondern wir müssen mit einer erheblichen Dunkelziffer rechnen. Es ist die große Frage, wieviel Agenten wirklich arbeiten. Einerseits müssen die Bundesbürger bestrebt sein, möglichst viele Kontakte zu den Deutschen in der Zone zu unterhalten, auf der anderen Seite aber besteht die große Gefahr, daß die Leute verstrickt werden in Aktivitäten der dortigen Organisationen, insbesondere der Nachrichtendienste.

SPIEGEL: Auf der Linken und in der Spionageabwehr sehen Sie sich der DDR mit der SED gegenüber, und der verbotenen KPD, die ihre Reststrukturen hier hinterlassen hat. Eine illegale NSDAP ist noch nicht wieder aufgetreten? Die SRP mit einem sehr, sehr geringen Mitgliederstand ist für verfassungswidrig erklärt worden, 1952, als erste Partei.

POLITISCHE STRAFVERFAHREN

Anhängig am 1. Januar 1965	
wegen Hochverrats	21 Verfahren
wegen Staatsgefährdung	121 Verfahren
wegen Landesverrats	211 Verfahren
insgesamt	353 Verfahren
Eingeleitet 1965	238 Verfahren
insgesamt 1965 anhängig gewesen	591 Verfahren
Abgeschlossen 1965	301 Verfahren
Vorläufig eingestellt 1965	104 Verfahren
Tatsächlich im Gange am 31. Dezember 1965	
wegen Hochverrats	3 Verfahren
wegen Staatsgefährdung	61 Verfahren
wegen Landesverrats	122 Verfahren
insgesamt	184 Verfahren
Rechtskräftig verurteilt 1965	
wegen Staatsgefährdung	75 Personen
wegen Landesverrats	150 Personen

SCHRÜBBERS: Vorwiegend in Norddeutschland. Außer diesen 70 Vereinigungen, die als Nachfolger der SRP zu bezeichnen sind, wurden seit Bestehen der Bundesrepublik 19 rechtsradikale Organisationen von den regionalen Verwaltungsbehörden als verfassungsfeindlich verboten.

SPIEGEL: Exekutive Zugriffe durch Strafverfahren bei den Oberlandesgerichten ...

SCHRÜBBERS: ... kann auch beim Bundesgerichtshof sein ...

SPIEGEL: ... haben in Fällen des Verfassungsschutzamtes gegen Rechtsradikale noch nicht stattgefunden?



Spion Pripolzew
Große Fölle ...



Spionin Rosalie Kunze
... des Verfassungsschutzamtes ...

SCHRÜBBERS: Ja, als erste Partei, gegen die Artikel 21 des Grundgesetzes angewandt worden ist.

SPIEGEL: Danach hat sich in Richtung oder mit ähnlichen Beweisen einer Illegalität nichts wieder gerührt?

SCHRÜBBERS: Doch. Man versuchte Nachfolgeorganisationen zu gründen. An die 70 wurden verboten.

SPIEGEL: Gruppen, keine Parteien?

SCHRÜBBERS: Zumeist regionale Gruppen.

SPIEGEL: Vorwiegend in Norddeutschland?

SCHRÜBBERS: Doch, zum Beispiel die Strafverfahren gegen Grabert, die Verleger Lenz und Kremer sowie gegen die Friedhofsschänder von Salzgitter*. Das waren Fälle des Verfassungsschutzamtes, die vor den Bundesgerichtshof kamen. Sechs Jahre Zuchthaus hat der Anführer des Geheimbundes „Freikorps Großdeutschland“ bekommen. Ihre Tätigkeit hat außenpolitisch sehr geschadet. Hinzu kam noch in Duisburg eine kleine Gruppe: Nationale Jugend Deutschlands. Auch sie wurde durch ein Strafverfahren zerschlagen. Von 1960

* Bild siehe Seite 48.

bis 1965 hatten wir 733 Angeklagte, die wegen Straftaten aus nazistischen und antisemitischen Motiven rechtskräftig verurteilt sind. In der gleichen Zeit ergingen nach unseren Unterlagen — die Justiz-Statistik unterscheidet bei Staatsgefährdungsdelikten nicht zwischen kommunistischen und rechtsradikalen Tätern — annähernd 300 Strafurteile gegen illegale Kommunisten. Dazu kommen etwa 1749 Strafurteile Ostzone.

SPIEGEL: Wobei das auf dem Gebiete des Rechtsradikalismus nicht die politische Schwere der Kriminalität ist, die am Bundesgerichtshof oder im Minderbedeutungsfälle am Oberlandesgericht angeklagt wird, sondern das sind Sachen vor dem Landgericht. Also ist es nicht die politische Hochkriminalität?

SCHRÜBBERS: Ungefähr vier Prozent, würde ich sagen, sind Vereinigungsdelikte, ungefähr acht Prozent Terror, der auch bis zum versuchten Totschlag geht mit Bedrohungen, Landfriedensbruch und dergleichen, dann kommen die Agitationsdelikte, ich schätze etwa 22 Prozent, und der ganze Rest, da haben Sie recht, über die Hälfte, ist die kleine Kriminalität: grober Mord, Sachbeschädigung, Beleidigung, Versammlungsdelikte usw.

SPIEGEL: Also mildere Formen der Kriminalität. Die Sachen landen dann ja auch überwiegend bei den Landgerichten.

SCHRÜBBERS: (überreicht eine Tabelle, siehe links). Hier sind die Gesamtzahlen. Am 31. Dezember 1965 befanden sich in Haft vier Personen wegen Staatsgefährdung und 45 wegen Landesverrats.



Späth Frenzel
— über Ermittlung

Die ist alles. Die Größenordnungen sind bescheidener, als in der Öffentlichkeit behauptet worden ist. Jedenfalls schweben nicht 10 000 und nicht 50 000 Ermittlungsverfahren, wie es in der „Panorama“-Sendung hieß.

SPIEGEL: Geht die Einleitung aller der hier genannten Verfahren auf die Mitwirkung der Verfassungsschutzämter zurück?

SCHRÜBBERS: Nein, man kann aber sagen, daß es keinen großen Fall gegen Kommunisten beim Bundesgerichtshof gegeben hat, an dem nicht das Bundesamt beteiligt war. Wenn wir natürlich



Die 4 eckige Flasche mit den 3 Etiketten

JOHNNIE WALKER wird schon seit 1908 in der berühmten 4eckigen hellen Flasche (»in der der reife Whisky lockend sichtbar wird«) verkauft, ausgestattet mit 3 Etiketten.

(Die Marke wird so stark gefragt, daß man immer wieder Nachahmungen des äußeren Bildes versucht. Prüfen Sie deshalb genau, ehe Sie kaufen!)

Wenn Sie diese — also die echte — Flasche sehen, dürfen Sie sicher sein: es ist der meist gefragte schottische Whisky in der Welt. Und wenn Sie ihn anbieten, werden Sie gern die Flasche zeigen: damit man sieht, was es ist! Denn gerade das zu zeigen, war ja ein Grund, schon vor 60 Jahren eine eigene, völlig abweichende Flasche für diesen schottischen Whisky zu schaffen. Ausgestattet mit nicht weniger als 3 vornehm-dezenten Etiketten in Rot und Gold.

JOHNNIE WALKER

der meist gefragte schottische Whisky in der Welt

Achtungspunkte haben, daß ein Straftatbestand im Spiel ist, und wir können hinreichendes Material, das beweiserheblich ist, auf den Tisch legen, damit leisten wir den Justizbehörden Amtshilfe. Aber es ist nicht so, daß die Justiz uns gewissenhaften Aufträge gibt wie der Polizei, dies und jenes zu klären, sondern was wir haben, geben wir soweit es sich für ein öffentliches Verfahren eignet, im Wege der Amtshilfe.

SPIEGEL: Und bei der Spionage...

SCHRÜBBERS: Die großen Spionagefälle, die wir in der Vergangenheit gehabt haben, sind noch in aller Erinnerung. Wenn ich nur einige nennen darf, der Fall Frenzel in erster Linie; dann der bekannte Fall Knipp, Amtsbot aus dem Bundesinnenministerium; Rosalkönze aus dem Verteidigungsministerium; Dr. Zinke, eingesetzt gegen die FDP; Dr. Ursula Nemtinger, die im Auftrag des MfS bei Euratom in Brüssel tätig wurde; der Fall Müller im Verkehrsministerium; Pripolzew aus der sowjetischen Handelsmission. Dann Köhler, Student in Bonn, der auf lange Sicht geworben war und ins Auswärtige Amt oder ins Bundeskanzleramt eingeschleust werden sollte. In Koblenz der bekannte Fall Hauser, der von einem Residenten des MfS gesteuert wurde. Liesegang, ein Fall von Wirtschaftsspionage. Dann Engelhard im Wiesbadener Raum, mit Funkgeräten ausgestattet. Nikolajew, Dritter Sekretär der Sowjetischen Botschaft, der gegen die Bundeswehr gearbeitet hat. Gwinow, ebenfalls Angehöriger der Sowjetischen Botschaft, der sich auch hier nachrichtendienstlich betätigt hat. Perminow, ebenfalls Angehöriger der Sowjetischen Botschaft, der Aufträge gegen die Bundeswehr erteilt. Krolschew, Angehöriger der Sowjeten in Hamburg.

SPIEGEL: ...der ist ihnen aber zugefallen.

SCHRÜBBERS: Ja, nachdem der Fall von einem Mann verraten war, der inzwischen abgetrennt ist. Dann der Fall Barschlow, der im Ende letzten Jahres in Hamburg aufgedeckt worden ist, auch Angehöriger der Sowjetischen Botschaft. Er hat sich die Spezialkenntnis der Vermögensgegenstände der Bundesregierung aneignen lassen. In Hamburg wurde ein Fall entdeckt, der sich auf die Bundeswehr bezog. Ein sehr sorgfältig beobachteter Fall, der im Laufe des Jahres 1958 aufgedeckt wurde. Ein Angehöriger der Sowjetischen Botschaft in Hamburg, der sich in die Bundeswehr einschleusen wollte. Ein weiterer Fall, der im Laufe des Jahres 1958 aufgedeckt wurde. Ein Angehöriger der Sowjetischen Botschaft in Hamburg, der sich in die Bundeswehr einschleusen wollte.

SPIEGEL: ...die Bundeswehr, soweit sie sich im zivilen Raum...

SCHRÜBBERS: Der MAD ist zuständig, wenn der Gegner eingedrungen ist in die Bundeswehr, sei es in seine Anlagen, sei es in das Personal. Aber die Agenten mit der Zielrichtung Bundeswehr, soweit sie sich im zivilen Raum...

häftet sind Sache des Verfassungsschutzes.

SPIEGEL: Also auch auf die Bundeswehr und ihre Einrichtungen gerichtete Spionage begründet nicht die Zuständigkeit des MAD? Wenn der MAD also Erkenntnisse hat, und die Operation ist noch nicht im Bereich der Bundeswehr gelandet, gibt er ab an Sie?

SCHRÜBBERS: Gibt er nicht ab, sondern da fangen wir von vornherein an.

SPIEGEL: Wenn er sie nun hat?

SCHRÜBBERS: Dann muß er sie abgeben.

SPIEGEL: Der MAD darf also nicht erst reinlocken in die Bundeswehr und dann sagen: Nun haben wir den Fall! Aber wenn es sich auf den BND richtet und ist noch nicht im BND drin, dann ist es auch Ihre Sache, und der BND müßte theoretisch auch abgeben?

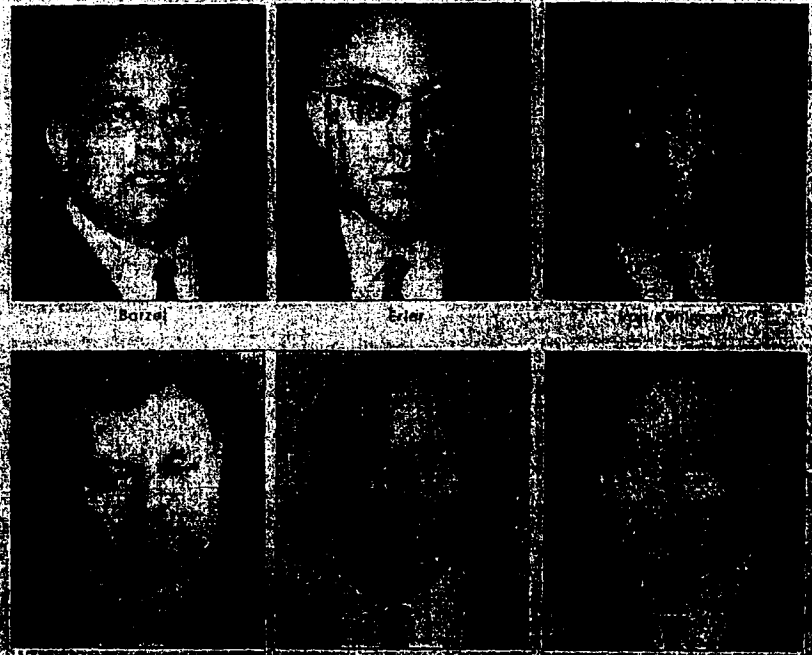
SCHRÜBBERS: Nein, da haben wir eine besondere Bestimmung, daß er die...

...sagen kann, ein bestimmter fester Prozentsatz dürfte bei gewissen Staaten den Nachrichtendiensten angehören, das werden Sie ja wohl unter der Lupe haben?

SCHRÜBBERS: Wir rechnen mit einem Mindestsatz von 30 Prozent Nachrichtensachverständigen in den Sowjetischen Botschaften. Das ist eine internationale Erfahrung. Unter Hinzunahme der zeitweise für nachrichtendienstliche Teilaufgaben verpflichteten Berufsdiplomaten kann man schon auf 50 Prozent kommen.

SPIEGEL: Sie können aber nicht alle ständig unter Bewachung halten?

SCHRÜBBERS: Nein. Sicher kann das KGB in der Sowjet-Union alle Angehörigen westlicher Botschaften, jedenfalls bis zu einem hohen Grad, unter Kontrolle halten. Aber ein demokratischer Abwehrdienst kann das nie - weder in Amerika noch in der Bundesrepublik.



...die Funktionsvorsitzenden Barzel (CDU), Eiler (SPD) und Freyher von Lintow (FDP) sowie die Abgeordneten Strauß (CDU/CSU), Schäfer (SPD) und Bunde (FDP) werden als Vertrauensleute über den BND aufgeklärt und erhalten regelmäßig auch Informationen über Verfassungsschutz und MAD. Geschäftsführer des Geheimnis in Bundesminister Krome.

...in der Bundesrepublik... die Dienstleistungen... die Dienstleistungen...

SCHRÜBBERS: Wenn man es vielleicht abstrakt formulieren will, oder abstrakt kann man sagen: Trotz der beachtlichen Erfolge der Spionageabwehr ist die Gefahr, die durch Spionage der Bundesrepublik droht, schwerer abschätzbar als die Gefahr auf dem Gebiet des Linksradikalismus.

SPIEGEL: Aber das ausländische diplomatische Personal, von dem man...

SCHRÜBBERS: Die Bundesrepublik... die Bundesrepublik... die Bundesrepublik...

SCHRÜBBERS: ...über den Verfassungsschutz der Bundesminister des Innern aus. Zu dem parlamentarischen Gremium, das sich jetzt bekommen haben, ist zu sagen, daß ich mir sehr viel Nützliches davon verspreche. Denn wie Sie wissen, müssen wir unsere Methoden geheimhalten, und es kommen immer wieder Fälle vor, die sich nicht...

Wer wird gewinnen?



Wer wird gewinnen? - Messen Sie die Zeit des Siegers! Mit Ihrem HEUER Chronographen...

Uhr und Stoppuhr zugleich - das ist der HEUER CARRERA Armband-Chronograph! Er zeigt nicht nur die genaue Tageszeit an, sondern erlaubt Ihnen auch, Zeitspannen bis zu 12 Stunden auf Sekundenbruchteile genau zu stoppen... und mit Leichtigkeit abzulesen.

Wer braucht einen HEUER CARRERA? Jeder, der die Zeit unter Kontrolle halten muss: der Manager, Ingenieur, Lehrer, Arzt, Sportler, Pilot, Student.

Eine schöne Uhr mit vielfältigem Nutzen. Ein Präzisionsinstrument der grössten Stoppuhren- und Chronographenfabrik der Schweiz. Stossge-sichert und wasserdicht - Unterlagen und Bezugsquellennachweis durch:

HEUER-LEONIDAS SA
2501 Biel
Schweiz



HEUER stoppt die Zeit. Seit 1860.

für die Öffentlichkeit eignen, über die man aber dem berufenen Vertreter des Parlaments durchaus vertraulich Auskunft geben kann. Etwas zu erklären, was nach außen hin schlecht aussieht oder dargestellt worden ist, den Fall zu schildern und auch sonst da einmal unsere Sorgen anbringen zu können, daran wäre uns gelegen.

SPIEGEL: Also kein Bundestagsaus-schuss nach der Geschäftsordnung ...

SCHRÜBBERS: Nein.

SPIEGEL: ... sondern ein Gebilde sui generis ...

SCHRÜBBERS: Ja, bestimmte Per-sonen, die also nicht ersetzbar sind durch andere, als ständige Gesprächs-partner, um dadurch auch beim Parla-ment das notwendige Vertrauen zu er-halten, daß bestimmte Dinge offen be-sprochen werden.

SPIEGEL: Das Parlament verläßt sich auf sechs Abgeordnete, und denen wür-den weitgehende Einblicke in Organi-sationen und Operationssysteme ge-währt, Techniken im einzelnen erklärt werden ...

SCHRÜBBERS: Ja.

SPIEGEL: Das wäre also gedacht als Ersatz für organisierte parlamentarische Kontrolle. Und in der Regierung: Der Abgeordnete Dorn hat ja einen zen-tralen Geheimdienst unter einem Chef mit Kabinettsrang vorgeschlagen, was entweder einen Minister für Staats-sicherheit oder aber einen politischen Beamten als Präsidenten bedeutet, der neben Bundespressechef, Chef des Bun-deskanzleramtes und Chef des Bundes-präsidentenamtes — das sind die drei Be-amten, die im Kabinett mit sitzen — als vierter dort mit säße. Es ist eine be-nahe erheiternde Vorstellung.

SCHRÜBBERS: Vor allem spricht ein demokratischer Grundsatz gegen eine solche Vereinheitlichung. Denn darüber muß man sich ja klar sein, daß Nach-richtendienste ein gewisses Macht-instrument sind, weil sie sehr viel wert-volle Erkenntnisse erwerben. Wenn sie alle in einer Hand vereinigt werden, ist das für eine Demokratie eine schwer zu ertragende Machtkonzentration.

SPIEGEL: Uns ist bekannt, daß ver-schiedene Parlamentsabgeordnete, die sich mit Fragen der geheimen Nach-richten- und Sicherungsdienste beschäf-tigen, der Ansicht sind, die Separierung der Dienste halte ihnen die Möglich-keit offen, von dem einen einmal etwas über den anderen zu erfahren. Das hat uns nämlich ein Abgeordneter einmal am Telefon gesagt. Hoffentlich hat das niemand mitgehört.

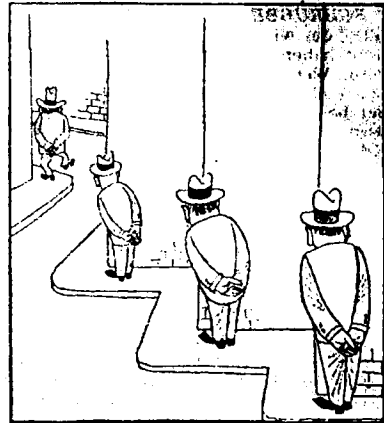
SCHRÜBBERS: Ein Krieg der Nach-richtendienste wäre das letzte, an dem ich mich beteiligen würde. Wir haben in der Tat ein harmonisches Verhält-nis zueinander. Ich könnte mir etwas Nützliches darunter vorstellen, wenn alle drei Dienste unter Leitung eines Ministers oder eines verantwortlichen Staatssekretärs von Zeit zu Zeit zu-sammenkämen und über gleichartige Gebiete ihre Informationen austausch-ten und ein Gesamtlagebild erarbei-teten.

SPIEGEL: Im Verfassungsschutz gab es in letzter Zeit einige aktuelle Ereig-nisse. Der Innenausschuss tagte hier im Hause, wohl zum erstenmal?

SCHRÜBBERS: Zum drittenmal.

SPIEGEL: Zum drittenmal. Es ist dann weiter gesprochen worden von neuen Dienstabweisungen für den Ver-

fassungsschutz, wobei es aber auch heißt, daß es Dienstabweisungen sind, nach denen schon seit Februar 1965 ge-arbeitet wird. Immerhin lag das ja zeitlich nach dem Bekanntwerden des Falles Pätzsch, und daß diese Dienst-abweisungen jetzt noch einmal im einzel-nen von der Behördenleitung, vom Mi-nisterium und vom Ausschuss erörtert worden sind und nunmehr also die Ge-stalt neuer Dienstabweisungen schritt-lich erhalten haben ...



Süddeutsche Zeitung
Der Verdächtige — ein Verfassungsschützer — ein Schützer vor dem Verfassungsschüt-zer — ein Überwacher des Schützers vor dem Verfassungsschützer



Verfassungsschutzamt in Köln
Nichts geändert

SCHRÜBBERS: Die Frage der Dienst-abweisungen und Dienstvorschriften hatte mit dem Untersuchungsausschuss zu tun. Es war ja ein Schlußkommuniqué vom Untersuchungsausschuss ...

SPIEGEL: ... wegen der Telefonab-höraffaire ...

SCHRÜBBERS: ... dem Plenum er-stattet worden, und der Bundesmini-ster des Innern hatte in Aussicht gestellt, daß er eine Dienstabweisung erlassen werde.

SPIEGEL: Daß er eine Dienstabweisung erlassen werde? Bis dahin hatten Sie sie erlassen?

SCHRÜBBERS: Interne Dienstvor-schriften, so nennen wir das zum Unter-schied von Dienstabweisungen, hatten wir früher schon in dem Amt, nur nicht

eine Dienstanweisung, die der Minister für das Amt erlassen hatte. Es hatte sich eben pragmatisch eine gewisse Praxis herausgebildet, und die hat auch ihren Niederschlag in der Dienstanweisung gefunden. Und dann haben wir ungefähr ein Jahr lang den Entwurf der Dienstanweisung praktiziert und haben nachher berichten können: Jawohl, so wird es gemacht und so geht es. Daß sich wesentliche Änderungen gegenüber unserer Arbeitsweise ergeben, ist nicht festzustellen.

SPIEGEL: Betreffen diese Anweisungen und Vorschriften die Fragen des operativen Vorgehens?

SCHRÜBBERS: Ja, auch.

SPIEGEL: Also die Frage der Post- und Telephonkontrolle...

SCHRÜBBERS: Ja.

SPIEGEL: ... die Fragen, sagen wir einmal, optisch-akustischer Erkenntnismittel oder Operationsweisen, Observationstechniken und diese Dinge?

SCHRÜBBERS: Allgemein, über das ganze Gebiet der Beschaffung, haben wir solche Vorschriften, damit jeder weiß, was er zu tun und zu lassen hat. Ich muß auch von der Schule sprechen, auf der unsere Leute ausgebildet werden. Es finden ferner regelmäßig Belehren im Amt statt.

SPIEGEL: Hat sich denn gegenüber dem Zustand von vorher etwas geändert, etwa bei der Telephonkontrolle?

SCHRÜBBERS: Nein, die rechtlichen Grundlagen sind die gleichen geblieben. Sie werden sich erinnern an den Patsch-Prozeß...

SPIEGEL: ... und ob, Herr Präsident, da haben wir als Zeugen ausgesagt vor dem Bundesgerichtshof, Sie ja auch...

SCHRÜBBERS: ... und der Bundesgerichtshof hat in seinem Urteil eingehend dargelegt, daß diese Rechtsgrundlage die Zusammenarbeit auf diesem Gebiete mit den Alliierten deckt und daß wir niemals gegen Artikel 10 des Grundgesetzes verstoßen haben. Leider hat dieser Teil der Urteilsgründe nicht die Publizität erlangt, die man anderen Teilen geschenkt hat, so daß heute noch — auch von sehr ernst zu nehmenden Persönlichkeiten — die alten, längst gründlich widerlegten Vorwürfe gegen uns erhoben werden.

SPIEGEL: Sie haben also nur die Anweisungen präzisiert, wie im einzelnen Ihre Organe mit den Alliierten zusammenarbeiten?

SCHRÜBBERS: Daß ich persönlich jeden einzelnen Fall prüfen und veranlassen muß.

SPIEGEL: Daß Sie persönlich jeden einzelnen Fall bei der Zusammenarbeit mit den Alliierten auf diesem Gebiet prüfen und veranlassen müssen?

SCHRÜBBERS: ... der Zusammenarbeit prüfen muß, wenn die Initiative von uns ausgeht, ja. Die Fälle selbst sind dem Bundesminister des Innern zu berichten.

SPIEGEL: Wenn die Initiative vom Amt ausgeht — das ist also die Neuerung im internen Dienstbetrieb?

SCHRÜBBERS: Ja.

SPIEGEL: Sanktioniert durch die Dienstanweisung des Bundesinnenministers?

SCHRÜBBERS: Jawohl, und durch die von ihm genehmigte Dienstvorschrift, die ich erlassen habe.

SPIEGEL: Herr Präsident, wir danken Ihnen für dieses Gespräch.



Nimm Frische mit... steck Lavex ein!

So einfach ist es, sich mit Lavex zu erfrischen: Im Handumdrehen sind Sie sich selbst — und Ihren Mitmenschen — wieder sympathisch. Ein Lavex-Erfrischungstüchlein belebt so wohltuend, es kühlt, desodoriert und reinigt gleichzeitig. Diese nachhaltige Erfrischung hat in jeder Tasche Platz!

Besorgen Sie sich noch heute Lavex, dann haben Sie unterwegs immer Frische zur Hand!

Es stimmt: Lavex macht frisch — ohne Seife, ohne Wasser, ohne Handtuch!



Lavex 5 Stück DM —,50
10 Stück DM —,95

„Kölnisch Wasser“ Lavex 5 Stück DM —,75
10 Stück DM 1,40

